Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 18 (1998)

Heft: 36

Artikel: Politik statt Zeitkultur : Geschichte und Umrisse des Konzepts einer öko-sozialen Zeitpolitik

Autor: Spitzner, Meike

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652371

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Meike Spitzner

Politik statt Zeitkultur

Geschichte und Umrisse des Konzepts einer öko-sozialen Zeitpolitik

Ein öko-sozialer Strukturwandel benötigt einen Zeitstrukturwandel, eine bewußte Gestaltung der Zeitstrukturen, und damit weit mehr als eine neue Zeitkultur, wie sie in der Rede von Zeitwohlstand und Entschleunigung beschworen wird. Zeitpolitik ist ein völlig neues Politikfeld, und zugleich doch gar nicht so neu, wie es scheinen mag. Zeitpolitik ist im ökologischen Diskurs zunächst implizit formuliert worden, schon vor geraumer Zeit und im Kontext mit ökologischer Verkehrspolitik. Hier war unübersehbar geworden, daß ökologische Verträglichkeit nur erreichbar ist, wenn es zu veränderter Mobilität kommt, zu veränderten Mobilitätserfordernissen und zu veränderten Bedingungen von Mobilität. Mobilitätsgestaltung ist derjenige Planungs- und Politikbereich, der die Infrastrukturen, Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für gesellschaftlichen Umgang mit Raum und Zeit gestaltet und historisch die Veränderung der Zeiten und dieses Umgangs durch ihre dienende Ausrichtung auf eine bestimmte ökonomische Rationalität vorantreibt (Schivelbusch 1979).

Die starke ökologische Diskussion dieses Politikbereiches ist die Folge umweltpolitischer Aktivitäten und Einsichten: Zunächst problematisierte die Umweltbewegung der siebziger Jahre ökologisch unverträglichen Verkehr und thematisierte, daß zuviel Verkehr erzeugt wurde. Eine kritische Verkehrswissenschaft begann daraufhin, diese Analysen differenziert zu belegen. Die Grünen trugen diese Einsichten in die (bundes-)parlamentarische Politik. Ergebnis all dieser Anstrengungen war, daß die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages (die sog. Klima-Enquetekommission) 1990 mehrheitlich zur *Vermeidung* von Verkehr als *der* vorrangigen Strategie zu umweltverträglicher Mobilität aufforderte. Damit war ein tiefgreifender zeitpolitischer Schritt getan: die ökologische Notwendigkeit zu veränderten planerischen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu Raum und Zeit war innerhalb der Bundespolitik auf die Agenda gesetzt.

Diese implizite Formulierung einer auf Zeitverhältnisse orientierten Politik wurde vorgenommen, obwohl (oder vielleicht weil) sie grundlegender ist als andere, früher und später formulierte zeitpolitische Forderungen an die Bundespolitik: die nach einem Tempolimit, die Problematisierung von Beschleunigung und Hochgeschwindigkeit (auf der Straße, in der Luft, auf Schiene und Stelzen), die Thematisierung des Zusammenhangs, daß ab einem bestimmten Niveau mit der Steigerung der Geschwindigkeit motorisierter Verkehrsmittel mediale Umweltbelastungen wie Lärm, Energieverbrauch, Emissionen und sozialökologische Umweltbelastungen wie Bedrohung und Gefährdung von Leben, sozialräumliche und -zeitliche Zerschneidung und Entwertung exponentiell steigen. Auch die Risiko-Diskurse

haben hier bis heute noch keinen zeitpolitischen Niederschlag gefunden.

Mit dem parlamentarischen Beschluß zur Verkehrsvermeidung wurden die planerischen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu Raum *und* Zeit zur Diskussion gestellt. Jedoch sind in der Folge lediglich räumliche Dimensionen wie Fragen der Raumplanung, der Flächennutzung, der Siedlungspolitik und des Wohnungsbaus etc. politisch und planerisch nur theoretisch aufgenommen worden. Eine entsprechende Politikentwicklung blieb ausgeblendet – wie überhaupt die politische Gestaltung gesellschaftlicher Zeit-Verhältnisse und Zeitordnung.

Der Beginn der Konzeptualisierung öko-sozialer Zeitpolitik

Eine erste *explizite* ökologische Zeitpolitik haben 1990 die Grünen im Bundestag und die grüne Bundespartei angegangen mit einem Kongreß zu „Zeit und Nähe in der Industriegesellschaft – eine Annäherung aus verkehrspolitischer Sicht" (Oblong 1992). Die politische Gestaltung einer sozialökologischen Modernisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu Raum und Zeit wurde gefordert. Diese sollte jenseits sozialökologisch bedrohlicher Bindungslosigkeit einerseits und Vielfalt unterdrückender „sozialer" Kontrolle andererseits – die deutsch-deutsche Wende war jüngste Vergangenheit, die Bedrückungen sozialer Kontrolle in einer wenig ausdifferenzierten und „vormundschaftlichen Gesellschaft" präsent – auf freiheitsförmigen Bindungen und gleichberechtigenden Verbesserungen der Bewegungsfreiheit aufbauen. Die Entscheidung der Grünen und der Umwelt-, Frauen- und Bürgerrechtsbewegung der DDR-Wende, anders als die etablierten Parteien, dem Zusammengehen von Ost und West eine den Zeiterfordernissen basisdemokratischer Auseinandersetzung und herrschaftsärmerer Konsensbildung Rechnung zu tragen, führte zum vorläufigen Ende dieser zeitpolitischen Anstrengungen: die Zeit-Ressourcen der – nach der Bundestagswahl 1990 sehr – kleinen Bundestagsfraktion des ostgrünen Bündnisses reichten dazu nicht aus. Dirk Oblong, der das Thema öko-sozialer Zeitpolitik in innerparteilichen politikkonzeptionellen Diskussionen und Gremien politisch voranbrachte (vgl. Bundesarbeitgemeinschaft Verkehr 1990), starb. Andere wiederum, die sich an jenen Konzeptionen beteiligt hatten, nahmen das Thema innerhalb ihrer beruflichen Aufgaben und institutionellen Kontexte nur randständig auf (z.B. innerhalb einer Kritik an der Verkehrsforschungspolitik – vgl. Hesse/Spitzner 1991).

Diese erste formulierte öko-soziale Zeitpolitik erfuhr in der Folge ausgesprochen selten eine ausdrückliche Rezeption. Sie wurde bzw. wird bis heute vielfach „vergessen", sowohl im planerischen und verkehrsfachlichen Raum als auch im bundespolitischen und in weiten Teilen des wissenschaftlichen Zusammenhangs. Dagegen entwickelte sich auf kommunalpolitischer Ebene ein eigenständiger Strang kommunaler Zeitpolitik, der von Feministinnen, zunächst in Italien, angestoßen wurde (vgl. Mückenberger 1992 sowie Belloni 1995). Deren Rezeption innerhalb der Bundesrepublik wird jedoch auch nicht mit den früheren grünen öko-sozialen Zeitpolitik-Ansätzen ver-

bunden. Zeitkontexte, Zeitqualitäten und Fragen nach dem Handlungs- und Infrastruktur-Kontext jenes „Zeit-Einsatzes" vor den Hintergründen von gewachsenem Entfernungsaufwand und Zeitaufwand für verschiedene Tätigkeitsfelder, von räumlichen und zeitlichen Desintegrationen durch Ökonomie, Planung und Politik etc. sind seither auch vereinzelt thematisiert worden, z.B. einmalig 1994 durch einen Berufsverband von PlanerInnen (Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung 1994).

Auf bundespolitischer Ebene ist in jüngster Zeit aber wieder Bewegung in das Thema gekommen. Innerhalb der Bundes-SPD ist inzwischen das Thema einer öko-sozialen Zeitpolitik zum Gegenstand von Überlegungen geworden und in tiefgreifender Reichweite auch formuliert worden (vgl. M. Müller 1998), wenngleich die dabei bisher formulierten zeitpolitischen Ansätze in der Konsequenz ihrer Ausblendung der Geschlechterdimension eine „sozial" so noch kaum verträgliche und in der Folge eine noch nicht zielführend nachhaltige Zeitpolitik andenken. Aus einer Perspektive, die die öko-sozialen Problematiken des Geschlechterverhältnisses mit einbezieht, erweist sich an der innerhalb der SPD formulierten Zeitpolitik als hochbrisant, daß in der thematisierten Gerechtigkeits- und sozialen Verträglichkeitsdimension zwar die Perspektiven von heutigen und nachfolgenden Generationen, von Nord und Süd angesprochen werden, aber schon die Dimensionen von Geschlechter-*Gerechtigkeit* ausgeblendet bleiben.

Darüber hinausreichende qualitative Veränderungsnotwendigkeiten haben darin bisher noch erst recht keinen Platz: die Zukunft „der Arbeit" wird als zeitpolitischer Ansatzpunkt thematisiert, aber innerhalb dieser Thematisierung wird die Zukunft der Haus- und Versorgungsarbeit, seit Jahrzehnten von Feministinnen als „Reproduktionsarbeit" thematisiert, vollständig ausgespart – als ob zur „Krise der Versorgungsarbeit" (Spitzner 1998 a,b) kein zeitpolitischer Handlungsbedarf bestünde. Zugleich werden dabei aber auch zeitpolitische Forderungen entwickelt, die gar kontraproduktiv gegenüber einer öko-sozialen Zukunft von Versorgungsarbeit und gegenüber dem Abbau von Herrschaftlichkeit im Geschlechterverhältnis wirken können, z.B. nach Substitution von Naturressourcen durch Kapital und „Arbeit", nach Zukunft der Mitbestimmungsrechte am „Arbeitsplatz" und Veränderung der „Faktorproportionen" zugunsten „arbeitsintensiver Dienstleistungen" (vgl. M. Müller 1998,236.). Und als problematisch erweist sich aus einer integrierten Perspektive auch, daß zwar eine zeitpolitische Begrenzung und zeitpolitische Steuerung der Ökonomie als erforderlich angesprochen wird, aber eine Umorientierung zugunsten versorgungsökonomischer Rationalitäten und Praxen des Haushaltens fehlt.

Die in 1998 von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen aufgenommene Initiative zu ökologischer Zeitpolitik im Kontext mit Innovationspolitik knüpfte – aus den oben genannten Gründen – nicht an die zeitpolitischen Überlegungen der Grünen vom Anfang der neunziger Jahre an, wohl aber an die von italienischen Frauen Ende der achtziger Jahre angestoßene kommunale Zeitpolitik.[1] Die zeitlichen Angebote öffentlicher bzw. privater Dienstleistungen in der Stadt entwickelten sich in einen so

starken Widerspruch zum Bedarf seitens der Haushalts- und Versorgungsarbeit mit ihren gebundenen Zeitstrukturen, daß die italienischen Frauen die Zeitkonflikte, in die sie durch diese Widersprüche gebracht wurden, nicht mehr hinnehmen wollten. Sie forderten eine *politische* Gestaltung der „Zeiten der Stadt – Zeitkoordination als Aufgabe kommunaler Gestaltung" und haben ihren kommunalpolitischen Ansatz „Tempi della cittá" mit Hilfe eines Kommunalgesetzes durchgesetzt, welches die Pflicht und Kompetenz zur Koordination von Zeitstrukturen mit -bedürfnissen den Kommunen gibt.[2]

Eine ähnliche kommunale Zeitpolitik ist auch in der Bundesrepublik zunächst noch mit dem Ziel eines Abbaus von geschlechtshierarchischen Strukturen durch Frauenbüros, Gleichstellungsbeauftragten und Frauen in der Planung[3] (in Hamburg als erstem deutschen Modellversuch, vgl. Issa 1997) zugunsten einer emanzipativen Stadtquartiersentwicklung aufgegriffen worden. Dann aber folgten einige Initiativen mit erheblich reduziertem Anspruch, sei es mit einer Zielbegrenzung auf eine Entspannung im Verhältnis kommunaler Verwaltung bzw. AnbieterInnen öffentlicher Dienstleistungen einerseits und BürgerInnen andererseits (allgemeiner „Kunden-Orientierung") oder gar reduziert auf betrieblich-gewerkschaftliche „Zeitpolitiken" als Umgang mit arbeitgeberseitigen Flexibilisierungsbestrebungen (z.B. im Rahmen der Vorbereitungen zur Expo in Hannover).

Zudem erfährt die kommunale Zeitpolitik in der (Begleit-)Forschung überwiegend eine Entkleidung um gerade ihre auf Abbau der Geschlechterhierarchie bzw. auf einen nachhaltigen Umgang mit Natur zielende emanzipative Konzipierung,[4] wie sie ursprünglich angelegt war. Selbst wo die Zeitpolitik (und wissenschaftliche Begleitung) in der (kommunalpolitischen) Praxis diese emanzipativen Perspektiven beibehält, ist sie konfrontiert mit einem weiteren Problem: Sie läuft Gefahr, sich im einzelnen kaum noch von Anpassungsstrategien an erwerbsökonomisch motivierte Flexibilisierungs-Begehren und -Tendenzen, welche dem Gemeinwesen zugemutet werden sollen, zu unterscheiden und die Kommunalpolitik zugunsten dieser Rationalisierungsstrategien zu instrumentalisieren.[5]

Eingang fanden die öko-sozial emanzipativ konzipierten zeitpolitischen Überlegungen allerdings in einem besonders fruchtbaren, systematisch interdisziplinär wissenschaftlichen und teilöffentlich angelegten Austausch zu ökologischen Perspektiven: den seit 1993 von der Evangelischen Akademie Tutzing organisierten Diskursen im Projekt „Ökologie der Zeit" ist die wesentliche Entwicklung von interdisziplinären Grundlagen ökosozialer Zeitpolitik in der Bundesrepublik unter Einbeziehung der britischen „timescape"-Forschung (vgl. Adam 1998) zu verdanken.[6] Parlamentarisch zog die Stoffpolitik nach, aber die öko-physische Zeitpolitik ist dann eine sehr problematische Herangehensweise, wenn die physische Dimension aus einem sozialökologischen Nachhaltigkeitszusammenhang isoliert wird.[7] Es reicht keineswegs, Gesellschaftlichkeit und das Soziale als Anthroposphäre zu betrachten. Denn Zeit hat immer zugleich auch ökologische Relevanz in bezug auf soziale Nachhaltigkeits-Aspekte.

Zeitpolitische Herausforderungen

Seit der Etablierung kapitalistisch-androzentrischer Gesellschaften hat sich eine (immer ausgreifendere) Zeitstrukturierung herausgebildet, die einerseits Ungerechtigkeiten und Herrschaftlichkeiten (insbesondere gegenüber Frauen) ausdifferenziert und andererseits einer dauerhaften Reproduktion menschlicher Gesellschaften zuwiderläuft (vgl. hierzu Hofmeister/Spitzner 1999 sowie die Ergebnisberichte der Tutzinger Zeitakademie, Adam 1998). Um die sozialen und physischen Grundlagen sowohl für zukunftsoffenes Haushalten als auch für nachhaltiges Wirtschaften und Handeln zu sichern, muß der „Angriff der Gegenwart auf die Frauenzeiten und die zukünftige Zeit" (in Abwandlung eines Filmtitels von Alexander Kluge) beendet werden. Dazu muß eine öko-soziale Zeitpolitik begründet und müssen die folgenden konkreten Herausforderungen angegangen werden:

– Die Diskrepanz zwischen Verwertungspraxis (gegenüber versorgendem Wirtschaften, Arbeiten und Handeln) und Bewertungsrationalität (seitens der öko-sozial problematischen Erwerbsökonomie) führt zu einer *öko-sozial kontraproduktiven Polarisierung zwischen Ent-Wertung jener und Überbewertung dieser Zeiten*. Dagegen sollte eine öko-soziale Zeitpolitik darauf gerichtet sein, daß die Bewertung der Zeiten die öko-soziale Wahrheit ausdrücken sollten.
– Die sog. Rationalisierungseffekte innerhalb der Erwerbsarbeit basieren darauf, daß Tätigkeiten und Arbeiten auch nach ihren Zeitqualitäten aufgesplittet und anteilig internalisiert und externalisiert werden: Solche, welche sich beschleunigen lassen, werden innerhalb der Erwerbsökonomie zu konzentrieren gesucht, und solche, welche genau gegenteilig zeitintensiv (und an natürliche Zeiten gebunden) sind, werden externalisiert, das heißt in die Sphären von Versorgungs-, Eigen- und Gemeinökonomie abgewälzt werden (vgl. Hahn 1992). Hinsichtlich Zeitqualitäten findet somit eine geschwindigkeitsbezogene *Polarisierung zwischen Erwerbsökonomie und allen Schattenökonomien* statt. Diese Polarisierung bewirkt bezogen auf die Erwerbsökonomie, daß sie strukturell zunehmend öko-sozialen Erfordernissen widerspricht. Öko-soziale Zeitpolitik sollte deshalb vornehmlich auf eine *Veränderung der Erwerbsökonomie* zielen und darauf gerichtet sein, darin eine Re-Internalisierung zu befördern und zeitqualitativen Aufsplittungen entgegenzuwirken.
– Die *zeitliche Konkurrenz* der Versorgungsarbeit mit Erwerbsarbeit in einer Gesellschaft, die einseitig erwerbsarbeitszentriert ist und Versorgungsarbeit geschlechtshierarchisch delegiert und also nicht nachhaltig integriert, reduziert auch einen Wissenstransfer von öko-sozial relevantem (Subsistenz- und Versorgungs-)Wissen. Z.B. geht wahrscheinlich derzeit sowohl das Wissen darum, wie traditionell mit wenig Ressourcen ein Gebrauchsnutzen selbst hergestellt werden kann, als auch ein ökologisch relevantes differenzierteres Wissen (um Lebenssituationen, Lebensalter

etc.) verloren, an wen guterhaltene Gebrauchsdinge (Möbel, Kleidung oder ähnliches) sinnvollerweise abgegeben werden können, um eine zeitlich längere Nutzung zu bewirken („langlebige Produkte"). Mit Verlust solchen Wissens erhöht sich die *Abhängigkeit* von (stoff-, energie-, verkehrsintensiven) Produkten und von einer heute faktisch und potentiell ökosozial (auch zeit-)zerstörerischen Erwerbsökonomie.

– Mit der Praxis in Erwerbsarbeit, wie sie heute strukturiert ist, geht tendentiell ein vergleichsweise *herabgesetztes Niveau der Bindungen an soziale und physische Räume und Zeiten* einher. Wenn diese unverändert bleibt und wenn entsprechend dem geschlechterbezogenen Ausgleich in der Erwerbsarbeit ein entsprechender Ausgleich in der Versorgungsarbeit nicht vollzogen bzw. politisch nicht befördert wird, dann wächst auch wiederum die Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit: Es gehen Kompetenzen, Erfahrungswissen, mit verträglicheren „Mental Maps"[8] auch „Mental Time Maps" (so die originelle Bezeichnung von Heike Klamp für die innere Zeit-Landkarte) und Anknüpfungspunkte aus diesen Bindungen verloren und die Verwiesenheit auf marktliche Substitute wächst.

– *Beschleunigung erhöht die Reproduktionserfordernisse.* Dies gilt nicht nur für den stofflichen Bereich, wenn z.B. die hohen Geschwindigkeiten des ICE die Haltbarkeit der Schottertrassen auf wenige Jahre mindern. Auch für Erwerbsarbeit ist nachgewiesen, daß Beschleunigung in Form von Intensivierung in der Zeit längere Regenerationszeiten erforderlich macht.

– Zugleich *mindert Beschleunigung das Reproduktionsvermögen.* Der Druck zur Beschleunigung erfaßt selbst die Beziehungsarbeit innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit – wie jüngst Astrid Orthey (1998) im Kontext mit den neuesten Rationalisierungsstrategien im Einzelhandelsbereich konstatierte. Soziale Zeiten stehen damit rundum unter Beschleunigungsdruck. Dies hat Konsequenzen: nämlich eine Minderung der Möglichkeiten und der Qualitäten sozialer Zeiten in Hinsicht auf ihre regenerative, versorgende und Vorsorge-Bedeutung.

– *Zeitverdichtungen* (Intensivierung der Zeitausbeutung) gehen ebenso wie *lineare Monofunktionalisierung* (selektive Funktionalisierung) von Zeiten überwiegend einher mit Qualitätsverlusten zulasten reproduktiver Seiten. Für reproduktionsnahe Erwerbsarbeit ist dies inzwischen nachgewiesen: Mit der Umsetzung der Pflegeversicherung ist die Finanzierung professioneller Pflege so restriktiv gestaltet, daß sich die Pflege auf eine ausschließliche und oberflächlich-äußere körperliche „Satt-und-Sauber"-Pflege reduziert.

– Mit solch erwerbsökonomisch „effizientem" zeitlichen *Umgang mit dem Altsein* in einer Gesellschaft verbinden sich wiederum zeitrelevante Verluste von öko-sozialer Bedeutung: dem pflegebedürftigen Menschen wird seine individuelle Lebensgeschichte entzogen. Statt der Begegnung verschiedener Generationen und dem Austausch bzw. einer Auseinandersetzung von Erfahrungswissen aus verschiedenen gesellschaftlichen Zeiten findet eine Überforderung sowohl professioneller Pflege wie pflegender Angehöriger statt (vgl. Frieling-Sonnenberg 1998).

– Der auch bisher schon erwerbsökonomisch und androzentrisch dominierte Umgang mit verschiedenen Lebenszeiten und Lebensphasen führt vor dem Hintergrund von *Versorgungsarbeit* überwiegend zu einer *Versorgungsarbeits- und Lebensphasen-bezogenen Polarisierung* zwischen massivster Intensivierung von Zeitausbeutung in einer versorgungsintensiven Lebensphase (wenn Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit für die eigene Person und für eineN PartnerIn und für eineN NahestehendeN und/oder dazu noch für Kinder geleistet wird) und *extremer Zeitentwertung* in versorgungsarbeitsfreieren Lebensphase (des „leeren Nestes", wenn die nahestehende, der Sorge bedürfende Person oder gar der/die PartnerIn nicht mehr lebt oder eine Scheidung den gemeinsamen Haushalt auflöste; wenn Kinder ein altersgemäßes eigenständiges Leben begonnen haben oder wenn die Versorgungsarbeit aufgrund des Nachlassens eigener Kräfte weitgehend eingestellt werden muß). Öko-soziale Zeitpolitik müßte Bezug nehmen auf Versorgungs-Lebens-Phasen, die nach versorgungsökonomischen Kriterien abgegrenzt werden müssen. Die bisher vorwiegend nur auf Erwerbsarbeitsbiographien bezogenen Erkenntnisse und Gestaltungen können im Hintergrund einer primär auf das *Versorgungsarbeitsleben gerichteten öko-sozialen Zeitpolitikgestaltung* mitberücksichtigt werden.
– *Zeitverdichtungen* führen auch zur *Reduktion und selektiven Funktionalisierung sozialer Kontakte*. Im typischen Frauenerwerbsarbeitssektor des Einzelhandels z.B. ließ sich dies anhand der Veränderung der sozialen Kontakte sowohl mit KollegInnen als auch mit KundInnen beobachten. Eine Minderung der KundInnen-Beratung ist eine Folge, und damit auch Qualitätsverluste des erwerbsökonomischen Anteils an der Versorgungsarbeit, hier des Einkaufs. Der Aufwand zum Ausgleich dieser Qualitätsdefizite, etwa der der Informationsarbeit, wird in die Reproduktionssphäre ausgelagert. Dort bedeuten sie Arbeitszuwachs und wirken an der Zeitverdichtung auch dort mit. Ein weiteres Beispiel liefern die Erkenntnisse aus soziologischen Netzwerkanalysen. Ausgerechnet erwerbstätige Frauen, die als solche am stärksten angewiesen sind auf vermehrte nahe soziale Kontakte, die Entlastung bieten, und zugleich mehr Gelegenheiten haben, Kontakte zu knüpfen, zeigen empirisch ein eingeschränktes soziales Kontaktfeld. Sie greifen vornehmlich auf verwandtschaftliche Netzwerke zurück, was damit erklärt wird, daß „die vergleichsweise hohe zeitliche (Doppel-)Belastung der Frauen durch Hausarbeit und Erwerbsarbeit [...] wenig Raum für den zeitaufwendigen Aufbau neuer Beziehungen [läßt]. Verwandte haben in dieser Hinsicht den entscheidenden Vorteil, daß sie einfach schon ‚da sind'. Dieser Umstand konterkariert gewissermaßen die größeren strukturellen Möglichkeiten erwerbstätiger Frauen, auch außerhalb des Verwandtenkreises enge Kontakte zu knüpfen".[9]
– *Die zeitpolitischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Zukunft der Versorgungsarbeit fehlen.* Da eine weiterhin einseitige Delegation von Versorgungsarbeit an Frauen unter den gegebenen geschlechtshierarchischen Bedingungen nicht nachhaltig (und zunehmend weniger durchsetzbar und zumutbar) ist, andererseits eine geschlechtergerechte Umverteilung der

Versorgungsarbeit auf Männer (zeit-)politisch nicht angegangen wird, stellt es sich als öko-soziales Problem dar, daß eine Verlagerung von versorgungsökonomisch relevanten Arbeiten in die Erwerbsökonomie, wie diese heute zeitpolitisch strukturiert und ihr Zeitumgang ausgerichtet ist, eine nachhaltige Zukunftsperspektive für Versorgungsarbeit *nicht* bietet. Denn ein erwerbsökonomisch „effizienter" Zeit-Umgang mit sozialen Beziehungen ist in doppelter Weise *nicht nachhaltig*: Nicht nur die Reproduktionsqualitäten sind durch Überstrapazierung zeitlicher Belastungen – z.B. bei erwerbsökonomisch organisierter intensivierter Pflege – bedroht, sondern auch die *Reproduktion der Reproduktion*: Eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung belegt, daß 82 Prozent der Pflegefachkräfte fünf Jahre nach Ausbildungsabschluß den Pflegeberuf wieder aufgegeben haben, meist wegen psychischer und physischer Überlastung (vgl. Frieling-Sonnenberg 1998,6). Die Voraussetzungen dafür, die erworbenen Versorgungs-Kompetenzen *dauerhaft* nutzbringend einsetzen zu können, sind offensichtlich (auch) innerhalb der Erwerbsökonomie nicht gegeben.

– Die zeitliche *Flexibilisierung* erschwert auch soziale Zeit und Entlastung der Versorgungsarbeit: Personen des sozialen Netzwerkes, die Versorgungsarbeits-Entlastung bieten, haben – aufgrund deren eigener flexibilisierter Versorgungs- und ErwerbsArbeitszeiten – zum Zeitpunkt des Bedarfs keine Zeit. Die Koordination der Zeiten erfordert Arbeit und zusätzliche Zeit. Belastung statt öko-sozialer Stärkung der Versorgungsarbeit ist die Folge.

– *Gebundene Zeit*, ein Charakteristikum von Versorgungsarbeit, wird zum Negativ-Kriterium einer zeitökonomischen Konkurrenzgesellschaft. Versorgungsarbeit wird dadurch per se zum „Flexibilisierungs-Manko": durch Bindung an körperliche Zeitrhythmen (Essens- und Einschlafzeiten von Kindern, Essens- und Pflege-Zeiten von älteren Menschen etc.), durch Bindung an die Institutionen-Zeiten (Schulzeiten von Kindern, Kindergartenöffnungszeiten von Kleinkindern, Krankenhaus-Rhythmen von kranken Nahestehenden) oder durch Bindung an die Erwerbszeiten der Versorgten. Die herrschaftliche Polarisierung statt eines Ausgleichs zwischen Erwerbs- und Versorgungssphäre ist die Folge. Derzeitige Flexibilisierungsstrategien in Form flexibler Erwerbsarbeitsangebote versprechen die dringend nötige *Anpassung der Erwerbsarbeit an die Zeitlichkeiten der Bindungen der Versorgungsarbeit*. Diese Anpassung wäre aus klassisch gleichstellungspolitischen Gründen der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ebenso wie aus den Gründen öko-sozialen tiefgreifender Strukturveränderungs-Notwendigkeiten der Erwerbsökonomie hin zu deren versorgungswirtschaftlichem Umbau wünschenswert. Aber die bisherigen Flexibilisierungsstrategien bewirken eine umgekehrte Anpassung der eigen- und versorgungswirtschaftlichen Zeiten an die Erwerbsökonomie (vgl. Orthey 1998 sowie Hildebrandt 1998).

– *Verkürzungen von Erwerbsarbeits-Zeit* (wie etwa bei VW) verändert die *Geschlechterhierarchie-* bzw. die *Struktur der Versorgungsarbeits-Teilung* nicht, sondern bewirkt nur, daß diese verstärkt wird bzw. je bestimmte

Ausprägungen erfährt. Darauf verweist u.a. eine Untersuchung bei denjenigen Familien, die möglicherweise die geschlechtsspezifisch problematischste Hierarchie (wenn diese z.B. nach Verfügungsmacht über Ausweichstrategien bzw. Delegationsmöglichkeiten bemessen wird) aufweisen, so bei Schichtarbeitfamilien (Jürgens/ Reinecke/ Krüger-Wallat/ Kurmeyer/ Siegmund 1998). Für das *Zeit-Geschlechterverhältnis* sind Dauer und Lage der Erwerbsarbeitszeit von großer Bedeutung – „eine tatsächliche und verläßliche Arbeitszeitverkürzung in Form der Vier-Tage-Woche führt zu einer Stärkung des partiell egalitären Partnerschaftsmodells." (ebd., 174f) Mehrarbeit und unverläßliche Arbeitszeiterweiterungen führen dagegen zu einer Re-Traditionalisierung selbst bereits egalitärerer Partnerschaften.[10] Damit nimmt die Herrschaftlichkeit zu statt ab.
– In Hinsicht auf eine *Befähigung* zu politischer Veränderung von Rahmenbedingungen – also etwas, worauf ein demokratischer sozialökologischer Strukturwandel dringend angewiesen ist – sind sowohl *persönlich aneignbare Zeiten* als auch *soziale Zeiten* im jeweiligen Arbeitskontext von großer Bedeutung. Selbstreflexion ist dafür eine wichtige Voraussetzung, wird aber erst durch Eigenzeiten möglich (vgl. Davies 1999). Und soziale Zeiten, solche für soziale Kontakte im Arbeitsleben – in Erwerbs- und Versorgungsarbeit – sind die Basis für Solidarität und aktive Einmischung, sind nötig, um das Politische des „Privaten" zu erkennen und Kraft für gemeinsamen Gestaltungswillen zu tanken. Sie haben zudem große Bedeutung für den Zugang zu Informationen (vgl. Orthey 1998 und Davies/Spitzner in Hofmeister/Spitzner 1999) und zu Wissen, welches Gestaltung ermöglicht. Öko-soziale Zeitpolitik muß folglich um der nachhaltigen Sicherung des Gesellschaftlichen willen auf den Schutz von *eigen-, versorgungs- und gemeinwirtschaftlichen Eigenzeiten* zielen. Ziel einer öko-sozialen Zeitpolitik muß die Entwicklung einer Gegendynamik zu den bedrohlichen Dynamiken und ein Einwirken auf diejenigen Umgangsweisen sein, die zu Verarmung und Verödung öko-sozialer Zeitlandschaften führen.[11]

Wider die kulturalistische Verengung

Eine öko-soziale Zeitpolitik muß daher Spielräume für die politischen Subjekte herstellen. Sie darf sich daher nicht in jene kulturalistischen Fallen begeben, die in den bisherigen zeitökologischen und zeitpolitischen Ansätzen erkennbar sind.
Zeitkultur statt Zeitpolitik? Eine Zeitpolitik, die auf ungeeigneter – kultureller – Ebene ansetzt, ist nicht zielführend. Eine neue Kultur läßt sich nicht einfach auf dem Vorschlagsweg stiften. Sie würde zudem das Politische zum Privaten machen. Zudem könnte sie auch nicht das Widerstandspotential gegen nicht-nachhaltige Weisen und Dynamiken des Wirtschaftens und Handelns befördern. Benötigt werden vielmehr Ansätze auf jenen Ebenen, von welchen Gestaltungsmacht ausgeht (vgl. Schultz 1998). Die Gestaltungsmacht von privaten Haushalten und denjenigen, die solche verantwortlich organisieren (in der ökonomischen Theorie und in der politischen

Nachhaltigkeitsdiskussion tauchen sie vorrangig als KonsumentInnen auf), ist, wie gezeigt wurde, in Hinsicht auf Zeitregime und erwerbsökonomische Raum-Zeit-Organisation gering. Insofern können z.B. Appelle zu einem öko-sozial zeitbewußten „Konsum", etwa jahreszeitlicher Nahrungsmittel aus dem Bio-Anbau, sowohl wenig ausrichten als auch kontraproduktiv wirken. Eine Konsumentin, die dem Appell folgt, verhindert weder den Energieverbrauch für die Kühlketten dieser Produkte noch den Transportaufwand und die mit ihm verbundenen Emissionen noch die globale Raumausnutzung globaler Vermarktungsstränge. Stattdessen hat sie zusätzlichen Aufwand, sich kundig zu machen, wo, wann und welche Nahrungsmittel sie erhalten kann. Sie ist mit Ohnmacht konfrontiert, wenn es kein entsprechendes Angebot (in ihrer Nähe) gibt und der Kochplan des Tages zusammenfällt. Gelingt ihr die Beschaffung (unter den Bedingungen der übrigen Restriktionen ihres Erwerbs- und Versorgungsalltages) nicht, hat sie möglicherweise auch noch ein schlechtes Gewissen, zu wenig für die Ihren und die Umwelt getan zu haben.

Ein Verzicht auf öko-soziale Zeitpolitik, die auf Rahmenbedingungen für erwerbsökonomische Raum-Zeit-Organisation Einfluß nimmt, in Kombination mit der Postulierung einer öko-sozialen Zeitkultur, verursacht einen Moralisierungsdruck auf KonsumentInnen, die dann erklären müssen, wieso sie sich nicht „entschleunigt" verhalten und nicht für sich selbst einen „Zeitwohlstand" entwickeln. Und damit werden vor allem Frauen getroffen, denen in unserer Gesellschaft ohnehin ein angemessener Anteil an Macht und Entscheidungsfreiheiten verweigert wird. Da Frauen überwiegend bereits durch ihre Sozialisation erfahren, eine überproportional hohe Verantwortlichkeit für andere ausbilden zu müssen bei unterproportional verfügbaren Möglichkeiten, die Umstände verändern zu können, ist jegliche weitere Moralisierung gegenüber Frauen kontraproduktiv und unterminiert die Voraussetzungen für den dringend anstehenden Abbau von Geschlechterhierarchie.

Leitbilder als Politik-Ersatz? Im Nachhaltigkeitsdiskurs wird mit dem Leitbild der „Entschleunigung" die Hoffnung verbunden, den erwerbsökonomischen Zugriff auf Zeiten und Zeitqualitäten der ökologischen Um- und sozialen Mitwelt, die Durchsetzung von Zeitregimen und ökosoziale Ressourcen immer stärker verschlingender Zeitbewirtschaftungsmuster aufhalten zu können. Allerdings wird die Macht und Herrschaftlichkeit dieser Grenzüberschreitungen weder reflektiert noch infragegestellt. Forderungen zu ihrer wirksamen Begrenzung werden nicht erhoben. Ein solches Setzen auf Leitbilder ist deshalb schlichtweg naiv und als politisches Konzept fahrlässig irreführend.[12] Die derzeitige Erwerbsökonomie zerstört aggressiv und systematisch, indem sie räumliche wie zeitliche Bindungen aufzulösen trachtet, genau jene Potentiale, die für Zukunftsoffenheit notwendig sind. Zugleich mit Leitbildern privates Engagement zu mobilisieren und keinerlei umsetzungsrelevante Instrumentarien und Mittel der Gegenwehr zu liefern, ja sogar noch nicht einmal deren Notwendigkeit zu benennen, kann sehr leicht zu Vergeblichkeitserfahrungen führen. Langfristig liegt

darin die Gefahr eines Verschleißes der Hoffnungen und Bereitschaft gerade derjenigen, die potentiell eine Umsteuerung und einen öko-sozialen Umbau zu bewerkstelligen vermögen.

Von einer erwerbsökonomischen zu einer vorsorgenden Zeitpolitik: Push- ohne Pull-Strategie? Aus der ökologischen Mobilitätsforschung ist bekannt, daß bei unausgewogenen Rahmenbedingungen und Nutzungspraktiken eine reine Verbesserungsstrategie („Push"-Strategie) zugunsten der sozialökologisch verträglicheren Mobilitätsarten (etwa durch „Attraktivierung des Umweltverbundes") hinsichtlich der Reduktion der Gesamtproblematik („zu viel Verkehr") keineswegs zum Ziel führt. Eine wirksame Veränderung erfordert gleichzeitig eine adäquate *Strategie der Minderung* (z.B. von räumlichen, zeitlichen, Bequemlichkeits- und anderen Privilegien), eine auf das Gesamtziel der Ausgewogenheit hin gerichtete *„Pull"-Strategie*. Man könnte dies auch als gezielte Suffizienz-Strategie gegenüber den problematischen Zusammenhängen bezeichnen.

Es liegt nahe, daß gleiches für eine öko-soziale Zeitpolitik gilt. Öko-soziale zeitpolitische Pull-Strategien müßten entsprechend gegenüber der Erwerbsökonomie ergriffen werden, während *Push-Strategien* schattenökonomische Bereiche, insbesondere die Versorgungsökonomie stärken müßten. Eine öko-soziale Zeitpolitik muß daher auch eine strukturelle Ausrichtung des erwerbsökonomischen Sektors auf versorgungsökonomische Rahmenbedingungen und Rationalitäten angehen. Ansprüche aus Erwerbsarbeit können z.B. gebunden werden an den Nachweis von Zeiten der Hausarbeit für eine Partnerin, der Pflege einer Kranken, der Betreuung einer Nahestehenden, eines Kinder-Erziehungsjahres. Öko-sozial wertvolle Qualifikationen und Rationalitäten könnten endlich innerhalb der Erwerbsökonomie Platz greifen. Der kontraproduktive Anpassungsdruck an sozial unverträgliche androzentrische Rationalitäten und Praxen („Vermännlichungsdruck") würde vermindert. Qualitäten und Inhalte von Erwerbsarbeit würden sich verändern. Die Basis für eine zukunftsoffenere Gesellschaft würde wesentlich verbreitert.

Öko-soziale zeitpolitische Push-Strategien müßten bei einem Empowerment von Frauen und all den von ihnen praktizierten Arten von Versorgungsarbeit für Nahestehende, PartnerInnen, KollegInnen, Verwandte, Kinder etc. ansetzen. Sie sind (noch) die gesellschaftlichen Akteure, die der erwerbsökonomischen Rationalität und ihren Praxen einen öko-sozial verträglichen Widerpart bieten könnten, wenn eine entsprechende Gestaltungsmacht-Gestaltung erfolgte. Aus dem Bereich des versorgenden Wirtschaftens und Handels heraus, von der Erwerbsökonomie zur „Gegen"-Ökonomie gemacht, leisten Frauen in Rationalität und Praxis (immer noch) Widerstand gegen die Übergriffe erwerbsökonomischer Zeitlogik, innerhalb sowohl ihrer Erwerbsarbeit als auch ihrer Versorgungsarbeit. Auch die originären kommunalen zeitpolitischen Initiativen, die der italienischen Frauen, könnten als Widerstandsstrategie begriffen werden, da sie darauf zielen, eine eigenständige Existenzsicherung *und* eine eigenständige, von erwerbsökonomischer Logik durch Beteiligung von Männern freie

Versorgungsarbeit zu sichern. Sie setzen aus Einsicht und Wertschätzung für deren öko-soziale Bedeutung ihre „anderen" Zeitlogiken der erwerbsökonomischen entgegen.[13]

Ausblick

An eine öko-soziale Zeitpolitik knüpft sich die Erwartung, daß sie zumindest die in heutigen, vor allem in industriegesellschaftlichen Zeitlandschaften bereits sichtbar werdenden Probleme zu lösen vermag. Die Orientierung an nachhaltiger Entwicklung erfordert zudem Zukunftsoffenheit und das Sichern von Entwicklungsmöglichkeiten. Das verlangt die bewußte und gestaltende Veränderung hin zu vielfältigen Zeitlandschaften: Öko-sozial wichtige Zeitqualitäten, Zeitformen und Zeitgestalten dürfen nicht als Folge eines instrumentell herrschaftlichen Umgangs irreversibel verlorengehen. Diversität, öko-soziale Entwicklungsgrundlagen, Potentiale und Produktivitäten von Zeitlandschaften müssen außerdem vor einem dramatischen Rückgang als Folge des Zugriffs des ökonomischen Kalküls auf die nicht meßbaren, nicht teilbaren, nicht berechenbaren Zeiten und ihres Mißbrauchs als physische und soziale „Zeitressourcen" und „Zeitsenken" geschützt werden.

Die hier skizzierte Konzeption einer öko-sozialen Zeitpolitik zielt darauf, solche Aneignungen der Zeitlandschaften nicht dem Wildwuchs herrschender Einzelinteressen der Konzernwirtschaft bzw. androzentrischer Stabilisierung zu überlassen, sondern eine politisch bewußte Gestaltung zu ermöglichen. Emanzipative Zielorientierung ist der Abbau an Geschlechterhierarchien und der ökologische Umbau hin zu zukunftsoffenen Gemeinwesen. Die aus der Konzeption abzuleitenden Instrumentierungen und Operationalisierungen sollen solche Pfade ermöglichen, die zu einer feministischen ökologiepolitischen Gestaltung der Zeitlandschaften hinführen könnten – mit Blick auf deren Diversität, Potentiale, Produktivitäten und Entwicklungs-Grundlagen. Gegen die derzeit vorherrschende Zerstörungsdynamik angelegte zeitpolitische Ansätze lassen sich klar beschreiben. Dabei geht es um

- die systematische (institutionelle) Einblendung von Zeitaspekten in die Politik;
- die Rück-Bindung von Zeit (und Raum) an physische und soziale Kontexte;
- die Wieder-Entdeckung von Prozeßhaftigkeit und der Handlungsoption „Aufhören";
- die Wahrung von Zeitoptionen in Planung und Politik;
- die Zuordnung von (externalisierten) Zeitaufwand und -kosten nach dem Verursacherprinzip;
- die Herbeiführung ausgewogener Verteilungen von öko-sozial verträglichen Zeitstrukturen und Geschwindigkeiten sowie
- die Planung und Gestaltung von Zeit- und Beschleunigungs-Widerständen. (vgl. Spitzner 1999)

Es ist Zeit, mit öko-sozialer Zeitpolitik ernst zu machen, statt unverbindlich über eine neue Zeitkultur bloß zu reden.

Für die wertvollen Hinweise und fruchtbaren Diskussionen danke ich Engelbert Schramm.

Anmerkungen

1 Vgl. Kiper/Schütte 1998. Dieser neue Zugang von Bündnis 90/Die Grünen hat aber zugleich die Dimension des Abbaus von Geschlechterhierarchie in der Analyse aus dem Blick verloren. Er bezieht sich bisher weder auf das Geschlechterverhältnis noch auf die Versorgungssphäre als Zusammenhang, sondern nimmt Frauen lediglich in ihrer Rolle als Opfer wahr.

2 Dies zeigt, daß die Praxis feministischer oder doch zumindest frauenpolitisch öko-sozial-orientierter Zeitpolitik der politischen Konzeptionierung und theoretischen Durchdringung vorauseilt. Die italienische Kommunal-Kompetenz wird in mehreren Städten entweder durch eine verbesserte Organisation der Dienstleistungen oder durch Erarbeitung von „Zeitordnungsplänen" bereits umgesetzt.

3 Vgl. den Überblick in dem Beitrag „Veränderung kommunaler Zeitstrukturen als Beitrag zur Geschlechter-Gleichstellung" (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen 1997), der allerdings ihrerseits die ökologische (feministische Perspektiven integrierende) Zeitpolitik der Grünen nicht zur Kenntnis genommen hat. Insofern ist die darin angeführte, ansonsten hilfreiche Literatur mindestens um z.B. Hahn (1992) und weitere Beiträge in Oblong (1992, 172-196 bzw. 197-204 sowie 212-213) zu ergänzen.

4 Dabei ist ein umfängliches zeitpolitisches Begleitforschungsprojekt beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelt. Dies ist dasjenige Forschungsinstitut, welches mit öffentlicher Förderung die originäre Aufgabe hat, bundesrepublikanische Städte wissenschaftlich-beratend zu unterstützen. Das dort angesiedelte zeitpolitische Forschungsprojekt ist zwar auch stadtorientiert, aber seinerseits wiederum nur erwerbsökonomisch und nur androzentrisch ausgerichtet und – trotz vormaliger Beteiligung des Projektleitenden am „zeitpolitischen Projekt" der Grünen – soweit inhaltlich von diesem entfernt, so daß unklar ist, ob und welche ökologischen Ziele darin verfolgt werden (vgl. Eberling/Henckel 1998).

5 So wurde „Zeiten und Qualität der Stadt. Eurexcter – ein Aktionsforschungs- und Weiterbildungsprogramm" beantragt vom Spitzenverband der öffentlichen Arbeitgeber in Europa (CEEP) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Das Projektbüro befindet sich an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Diesen Weiterbildungsansatz stellt Mückenberger (1996b und 1996a) zusammenfassend dar.

6 Held/Geißler (1993, 1995) sowie Adam/ Geißler/ Held (1998); vgl. auch die Auswertung eines der ersten zeitpolitischen Workshops innerhalb der Tutzinger Zeitakademie: Spitzner (1993). In 1998 fand dabei auch zum ersten Mal ein Austausch zwischen den verschiedenen derzeitigen „Zeitprojekten" in der Bundesrepublik statt. Vgl. Adam/ Geißler/Held/Kümmerer/Schneider (1998).

7 Vgl. den Umriß des systematischen Zusammenhangs zwischen physischer und sozialer Dimension von Nachhaltigkeit und in diesem Sinne das sozialökologische Verständnis nachhaltiger Entwicklungserfordernisse bei Spitzner (1997).

8 Mit diesem Begriff – der in diesem Kontext als „Mental Spacial Map" verstanden werden kann – wird in der Verkehrswissenschaft die „Landkarte im Kopf" bezeichnet: die Vorstellungen von räumlicher Struktur, an welchen sich das Handeln orientiert. Der Begriff sucht dem ingenieurwissenschaftlichen Feld eine Erklärung dafür zu bieten, warum vielfach nicht die räumlichen Strukturen selbst, sondern vielmehr die (konstruk-

tiven, auf spezifischer Wahrnehmung und Rationalität basierenden) Vorstellungen räumlicher Strukturen handlungsrelevant sind (z.B. bei einer nach den Prämissen eines Homo oeconomicus „suboptimalen" Wahl des Verkehrsmittels oder des örtlichen Zieles zur Erledigung eines Zweckes).

9 So rezipiert Diewald (1991,155), der im übrigen eher androzentrische Beschreibungen und Auswertungen liefert, die Erklärungen des kanadischen Soziologen Wellman (1985,173f), der ähnliche empirische Ergebnisse erzielte.

10 Aufgrund einer zuvor vorgenommenen Typisierung der Versorgungsarbeits-Geschlechterverhältnisse („familialer Alltagsarrangements") (vgl. auch die „Reproduktionslagen" bei Spitzner/ Beik 1996) kommen die AutorInnen zu dem Ergebnis, daß die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung als „Entlastung der anstrengenden Alltagsroutinen durch verläßliche Arbeitszeitverkürzung" (beim Typus „Resignation"), als „Irritationen für das eingespielte Familienleben durch neue Arbeitszeitmodelle" (beim Typus „Harmonie"), als „Mehrarbeit als Voraussetzung einer konsum- und erwerbsorientierten Lebensführung" (beim Typus „Pragmatismus") und als „Neue Impulse für egalitäre Arbeitsteilungsmuster durch verläßliche Arbeitszeitverkürzung" (beim Typus „Reflexion") beschrieben werden kann. Der typenspezifische Umgang mit der Arbeitszeit – und die Akzeptanz ihrer Veränderung – spiegelt die Auswirkungen in ihren Ausdifferenzierungen wider. Die Bandbreite ergibt sich aus den verschiedenen Organisationsmustern, welchen verschiedene Handlungsmuster und Motive zugrunde liegen.

11 Vgl. auch zu den hier ausgeführten Bedrohungen der sozialen Grundlagen öko-sozialer gesellschaftlicher Zeit-Verhältnisse die bereits in der Einleitung zu diesem Band aufgelisteten und anschließend ausgeführten grundlegenden Dynamiken zerstörerischen Zeitumgangs.

12 Vgl. die Ausführungen der zahlreichen Stellungnahmen zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland", wiederabgedruckt in Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen 1997.

13 Angesichts der allgemeinen Erwerbsökonomisierung kann das Praktizieren von Versorgungsarbeit fast als anachronistisch angesehen werden und damit auch als widerständig gegen den „Zeitgeist": trotz des massiven Einstiegs von Frauen in die Erwerbsarbeit und der – unter Bedingungen eines ausstehenden Einstiegs von Männern in die Versorgungsarbeit – fehlenden Kompensation an (entlastender) Umverteilung derselben sichern Frauen – derzeit unter den Bedingungen erheblicher persönlicher Opfer und massiver struktureller Benachteiligung, die von Schlafdefizit bis hin zur Inkaufnahme von Altersarmut reichen – noch immer die Versorgungsarbeit auch und gerade in ihrer Qualität. Selbst die Ausdifferenzierung der Lebensweisen von Frauen, die als Modernisierungsprozeß erkennbar ist und welche damit üblicherweise unter die Beschreibung einer behaupteten „allgemeinen Individualisierung" subsumiert werden dürfte, führte nicht zur Aufgabe dieser Beziehungsorientierten „Qualitätssicherung". Verwunderlich daran ist, daß dieses Phänomen, welches doch einer Individualisierung zu widersprechen scheint, bisher kein Erstaunen in den Modernisierungsdebatten ausgelöst hat.

Literatur

Adam, Barbara; Geißler, Karlheinz A.; Held, Martin (Hg.), 1998: Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Vom Zeitmißbrauch zur Zeitkultur. Stuttgart/Leipzig

Adam, Barbara; Geißler, Karlheinz A.; Held, Martin; Kümmerer, Klaus; Schneider, Manuel (Hg.), 1998: Tutzinger Projekt „Ökologie der Zeit". Vom Finden der rechten Zeitmaße. Schriftenreihe zur politischen Ökologie Bd. 7. München

Bauhardt, Christine, 1993: Zeit und Raum in der Infrastrukturpolitik. Eine feministische Perspektive. In: Mettler-Meibom, Barbara; Bauhardt, Christine (Hg.): Nahe Ferne – fremde Nähe. Infrastrukturen und Alltag. Berlin

Belloni, Carmen M., 1995: Die Verwendung der täglichen Zeit in italienischen Städten. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.), 1995: Frauen in Europa. Bonn

Brick, Barbara; Woesler, Christine, 1981: Maschinerie und Mütterlichkeit. In: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Beiträge 5 zur feministischen Theorie und Praxis. München

Bundesarbeitgemeinschaft Verkehr. 1990: Wieder laufen lernen. Verkehr sparen – Nähe schaffen Zeit gewinnen. Programmatische Streitschrift der BAG Verkehr der Grünen. Bonn

Die Grünen (Hg.), 1989: Welche Freiheit brauchen wir ? Zur Psychologie der auto-mobilen Gesellschaft. Berlin

Davies, Karen; Spitzner, Meike, 1999: Temporalities of work and gender. Zur vorfindbaren Diversität der Zeit und Zeitdominanzen. In: Hofmeister, S.; Spitzner, M. (Hg.): Zeitlandschaften. Stuttgart

Diewald, Martin, 1991: Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung ? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken. (Hg.), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin

Eberling, Matthias; Henckel, Dietrich, 1998: Zeitpolitik. Veränderungen von Zeitstrukturen – Handlungsoptionen der Kommunen. Berlin

Friberg, Tora, 1993: Everyday life: women's adaptive strategies in time and space. Lund Studies in Geography. Lund

Frieling-Sonnenberg, Wilhelm, 1998: Pflegeversicherung, Familiensysteme und pflegende Angehörige. In: Forum Loccum Nr. 3

Gilbert, A., 1985: Frauenforschung am Beispiel der Time-Geography. Textanalysen und Kritik. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Zürich

Hahn, Kornelia, 1992: Flexible Frauen – Die geschlechtsspezifische Konstruktion der Alltagszeit. In: Oblong, Alheim

Held, Martin; Geißler, Karlheinz A. (Hg.), 1993: Ökologie der Zeit: Vom Finden der rechten Zeitmaße. Stuttgart

Held, Martin; Geißler, Karlheinz A. (Hg.), 1995: Von Rhythmen und Eigenzeiten: Perspektiven einer Ökologie der Zeit. Stuttgart

Hesse, Markus; Spitzner, Meike, 1991: Höher, schneller, weiter ? Verkehrsforschung und Transrapid. In: Wechselwirkungen. Technik, Naturwissenschaft, Gesellschaft. Heft 48

Hildebrandt, Gunther, 1998: Politische Ökologie. Lebensstile. München

Hofmeister, Sabine, 1998: Die Bedeutung der Zeit. Konsequenzen für Umweltpolitik und Umweltplanung. UWSF – Zeitschrift für Umweltchemie & Ökotoxologie 9

Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (Hg.), 1999: Zeitlandschaften. Perspektiven ökosozialer Zeitpolitik. Stuttgart

Issa, Sabine, 1997: Zeiten der Stadt. Forschungs- und Modellprojekt des Senatsamtes für die Gleichstellung Hamburg. In: Deutscher Städtetag, Kommission „Frauen in der Stadt" (Hg.): Frauen verändern ihre Stadt. Köln

Jürgens, Kerstin; Reinecke, Karsten; Krüger-Wallat, Karen; Kurmeyer, Christine; Siegmund, Kerstin, 1998: Zwischen Volksund Kinderwagen. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der Volkswagen AG auf die Alltagsarrangements von Schichtarbeiterfamilien. Hg. Institut für Soziologie der Universität Hannover. Hannover

Kiper, Manuel; Schütte, Volker, 1998: Politik für die Zeit: (Es wird) Zeit für die Politik ! Ein neuer Blick auf Kommunalpolitik. In: Alternative Kommunalpolitik Heft 2

Knaup, Bettina, 1992: Beschleunigung und Entdemokratisierung. In: Oblong, Alheim

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), 1997: Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit aus Frauensicht. Dokumentation des gegenwärtigen Diskussionsstandes und Handlungsbedarfs. Düsseldorf

Mückenberger, Ullrich, 1992: Tempi della cittá. Zeitkoordination als Aufgabe kommunaler Gestaltung. In: Kritische Justiz 25

Mückenberger, Ullrich, 1996a: Zeiten in der Kommune. Netzwerke von Kommunalen Experimenten und Wissen. Wissenschaftliche Einführung zur ÖTV-Konferenz „Zeiten in der Kommune" in Hamburg (Unveröffentlichtes Manuskript).

Mückenberger, Ulrich, 1996b: Zeiten in der Stadt. In: Franfurter Rundschau vom 12.8.

Müller, Edda, 1998: Impressionen zum Thema Zeit in der Umweltpolitik. In: Jann, Werner et.al. (Hg.), 1998: Politik und Verwaltung auf dem Weg in die transindustrielle Gesellschaft. Baden-Baden

Müller, Michael, 1998: Öko-soziale Zeitpolitik. Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung. In: Adam, Barbara; et al. (Hg.): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart/ Leipzig

Oblong, Dirk (Red.), 1992: Zeit und Nähe in der Industriegesellshaft – eine Annäherung aus verkehrspolitischer Sicht. Alheim.

Orthey, Astrid, 1998: Der Handel mit Frauen-Zeiten. In: Adam, Barbara; et al. (Hg.): Die Nonstop-Gesellschaft und ihr Preis. Stuttgart/Leipzig

Romeiß-Stracke, Felizitas; Pürschel, May-Britt, 1988: Frauen und Zeitpolitik. ILS-Schriftenreihe Heft 8, Dortmund

Schivelbusch, W., 1979: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. München/Wien

Schultz, Irmgard, 1998: Produktgestaltung und die Gestaltungsmacht von Frauen. In: Ch. Wächter u.a. (Hg.): Technik Gestalten. München,Wien

Spitzner, Meike, 1993: Geschwindigkeit und Beschleunigung Orientierungen für eine ökologische Zeitpolitik. In: IÖW Informationsdienst des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung 5, Berlin

Spitzner, Meike; Beik, Ute unter Mitarbeit von Uta v. Winterfeld und Hildegard Ganser, 1996: Reproduktionsarbeitsmobilität, theoretische und empirische Erfassung, Dynamik ihrer Entwicklung und Analyse ökologischer Dimensionen und Handlungsstrategien. In: Forschungsverbund ökologisch verträgliche Mobilität Bericht Nr.1. Wuppertal

Spitzner, Meike, 1997: Distanz zu Leben, Arbeit und Gemeinschaft ? Über den „göttlichen Ingenieur" und die Verkehrswissenschaft im konstruierten Raum. In: v. Winterfeld, Uta; et al. (Hg.),: Vom Zwischenruf zum Kontrapunkt. Frauen•Wissenschaft•Natur. Bielefeld

Spitzner, Meike, 1998a: Die Krise der Reproduktions-Arbeit: Herausforderung an eine ökosoziale Stadtplanung. In: Deutscher Städtetag; Kommission „Frauen in der Stadt" DST Beiträge zur Frauenpolitik, Reihe L, Heft 4, Köln und Berlin

Spitzner, Meike, 1998b: Krise der Reproduktionsarbeit Kerndimension der Herausforderungen eines öko-sozialen Strukturwandels. Ein feministisch-ökologischer Theorieansatz aus dem Handlungsfeld Mobilität. In: Hoffmann, Esther; Hofmeister, Sabine; Weller, Ines (Hg.): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden. Bielefeld

Spitzner, Meike, 1999: Zukunftsoffenheit statt Zeitherrschaft. Konturen öko-sozialer Zeitpolitik. In: Hofmeister, Sabine; Spitzner, Meike (Hg.): Zeitlandschaften. Perspektiven ökosozialer Zeitpolitik. Stuttgart

Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung – SRL (Hg.), 1994: Um die Wette leben – Geschwindigkeit, Raum und Zeit. Bochum

Wellman, Barry, 1985: Domestic work, paid work and net work. In: Duck, Steve; Perlman, Daniel (Hg.): Understanding personal relationships. London